



Seit der Bildung der Dreierkoalition aus LSAP, DP und den Grünen im Dezember 2013 sind nun zwei Jahre vergangen. Zwei Jahre, in denen viele Punkte des Regierungsprogramms in Angriff genommen und teilweise schon umgesetzt wurden.

Auch wenn die Popularität der Koalition unter den Reformen gelitten hat, bleibt es das erklärte Ziel, die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, die längst überfälligen institutionellen und gesellschaftspolitischen Reformen weiter voranzutreiben, und Luxemburg wirtschaftlich und haushaltspolitisch wieder fit zu machen für die Zukunft.

- In der zweiten Jahreshälfte 2015 hatte unser Land die **EU-Ratspräsidentschaft** inne. Die Regierung hat - trotz aller internationalen und europapolitischen Widrigkeiten - eine sehr positive Bilanz vorzuweisen. Dies wird auch auf dem Brüsseler Parkett und von der europäischen Presse lobend anerkannt. Auch die sozialistischen Minister konnten in ihren zuständigen Kompetenzbereichen wichtige Akzente setzen, so zum Beispiel bei der Verankerung der Idee des „**sozialen Triple A**“ auf der europäischen politischen Agenda. Ziel ist es, neben den rein finanz- und wirtschaftspolitischen Stabilitätskriterien auch die soziale Dimension der EU zu stärken und verbindliche soziale Regeln und Mindeststandards zu setzen.
- Die Regierung hat die **Flüchtlingskrise** offensiv und mit einem gehörigen Schuss Menschlichkeit angepackt. Obwohl Luxemburg zu jenen EU-Ländern gehört, die verhältnismäßig viele Flüchtlinge aufnehmen, sind ernsthafte Spannungen und Konflikte hierzulande bislang ausgeblieben. Die Regierung bemüht sich, im Dialog mit den Gemeinden und durch die Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel die Unterbringung und die Integration der Flüchtlinge so zu organisieren, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Im Dezember hat das Parlament eine **Reform der Asylgesetzgebung** verabschiedet. Die Asylprozeduren sollen dadurch beschleunigt werden, und die Integration jener Flüchtlinge, die ein Aufenthaltsrecht erhalten, soll verbessert werden.
- Wie im Regierungsprogramm angekündigt, hat im Rahmen der Ausarbeitung einer **neuen Verfassung** am 7. Juni unter der Federführung der Chamber ein **konsultatives Referendum** stattgefunden. Die drei Fragen zum aktiven Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren, zum aktiven Wahlrecht für Nicht-Luxemburger und zur Begrenzung der Dauer der Ministermandate wurden von den Wählern mehrheitlich mit „nein“ beantwortet. Wie im Vorfeld versprochen, hat die Koalition das Ergebnis dieser Volksbefragung respektiert und den Verfassungsentwurf entsprechend abgeändert.
- Die **Trennung von Kirche und Staat**, einem wichtigen Anliegen der LSAP, ist im vergangenen Jahr ein großes Stück vorangekommen. Im Januar hat die Regierung eine Einigung mit den wichtigsten in Luxemburg vertretenen Glaubensgemeinschaften erzielt. Die unterzeichneten Konventionen sehen vor, dass die staatlichen Zuwendungen an die Kirchen – insbesondere an die katholische Kirche – um rund drei Viertel gekürzt werden. Ein neuer Verfassungsartikel wird die Neutralität des Staates in religiösen Belangen festschreiben. Der Staat wird auch nicht mehr für die Gehälter der Geistlichen aufkommen müssen. In den Schulen wird der Religionsunterricht zugunsten eines gemeinsamen Werteunterrichts abgeschafft. Die Kommunen werden nicht mehr verpflichtet sein,

das Defizit der Kirchenfabriken zu decken und dem Pfarrer eine Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen; der diesbezügliche Gesetzentwurf ist spruchreif und kann demnächst im Parlament zur Abstimmung gebracht werden. Bis 2017 sollen die Kirchefabriken schließlich aufgelöst und die Besitzfrage zwischen der katholischen Kirche und den Kommunen geklärt sein.

- Die **Sanierung des Staatshaushalts**, die 2014 mit dem „Zukunftspak“ begonnen wurde, schreitet gut voran. Als Sozialisten sind wir nicht müde geworden zu erklären, dass ein ausgeglichener Staatshaushalt kein Selbstzweck ist, sondern eine notwendige Voraussetzung, um auch in Zukunft Politik im Interesse der Bürger und Arbeitnehmer dieses Landes gestalten zu können. Wir stehen dazu, dass die Staatsverschuldung begrenzt werden muss, um zukünftigen Generationen keine Perspektiven zu verbauen. Von Austeritätspolitik kann hingegen keine Rede sein: die Ausgaben des Staates wachsen auch in den kommenden Jahren um durchschnittlich 4%, die Investitionen sollen sogar um rund 10% jährlich ansteigen. Gleichzeitig hat die LSAP großen Wert darauf gelegt, dass die notwendigen Einsparmaßnahmen sozial abgefedert wurden.
- An anderer Stelle ist der Sozialstaat sogar weiter ausgebaut worden: Seit dem 1. Januar 2016 können ca. 19.000 Haushalte in Luxemburg von einer neuer sozialen Leistung, dem **Mietzuschuss**, profitieren; ein lang ersehnter Fortschritt angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt!
- Die **Lage am Arbeitsmarkt** hat sich im Laufe des vergangenen Jahres entspannt. Die Arbeitslosenquote ist von 7,1% auf 6,7% zurückgegangen. Neben dem wirtschaftlichen Aufschwung ist dieser positive Trend auch auf die Reform der Arbeitsagentur und die Einführung der „Jugendgarantie“ zurückzuführen. Mit den Gesetzen zum Reclassement und zum Contrôle médical sowie dem neuen gesetzlichen Rahmen über die Personaldelegationen in den Betrieben konnten auch diese wichtigen Vorhaben im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik endlich umgesetzt werden.
- Der erste nationale **Aktionsplan gegen den Krebs** konnte bereits in seine aktive Umsetzungsphase gehen und wird bedeutende Verbesserungen für alle Krebspatienten in unserem Land bringen.
- Unter dem Impuls der sozialistischen Ministerin für **Chancengleichheit** wurden 2014 und 2015 auf Regierungsebene 40% Frauen in Verwaltungsräte von öffentlichen Einrichtungen genannt. Diese Dynamik soll sich auch im Bereich der politischen Mitbestimmung widerspiegeln. Ein entsprechendes Gesetz ist bereits auf dem Instanzenweg.
- Die **Reform der Rettungsdienste** wurde durch den sozialistischen Innenminister vorangetrieben. Diese wichtige Reform, die vom Amtsvorgänger jahrelang verschleppt worden war, wird zu einer deutlichen Verbesserung des Rettungswesens in Luxemburg führen und einen zentralen Pfeiler der öffentlichen Daseinsfürsorge stärken.
- Die Reform des Statuts und das **Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst** konnten nach jahrelangen Verhandlungen und Verzögerungen endlich umgesetzt werden.

## ... und Ausblick 2016

- Die **Flüchtlingskrise** wird die Politik, die Zivilgesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger auch in diesem Jahr weiter beschäftigen. Die Regierung und die Kommunen werden die Aufnahme und Integration weiterer Flüchtlinge vorbereiten müssen, und sich gleichzeitig auf europäischer und internationaler Ebene für eine Lösung der Flüchtlingsproblematik und ihrer Ursachen einsetzen.

- Die parlamentarischen Arbeiten an der **neuen Verfassung** werden fortgesetzt. Das Jahr 2016 wird im Zeichen des Dialogs mit den Bürgern (Durchführung von Bürgerforen) stehen.
- 2016 wird auch das Jahr der Steuerreform. Die LSAP wird sich für eine **sozial gerechte Steuerreform** einsetzen. Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen müssen spürbar entlastet werden, Alleinerzieher ebenso. Einkünfte aus Kapital müssen vollständig erfasst und angemessen besteuert werden, Steuerhinterziehung muss konsequenter bekämpft werden. Einseitige Steuererleichterungen für Unternehmen werden mit der LSAP nicht zu machen sein.
- Die **Reform der Pflegeversicherung** darf in den Augen der LSAP nicht zu einer Verschlechterung der Leistungen führen. Sowohl die Qualität der Pflege als auch die Finanzierbarkeit des Systems müssen gewährleistet werden, darin besteht die große Herausforderung der geplanten Reform.
- Unser **Gesundheitswesen ist eines der besten der Welt. Um den Patienten auch weiterhin die bestmögliche medizinische Versorgung zu garantieren, werden unsere Krankenhäuser konsequent modernisiert. Über den neuen Spitalplan werden Kompetenzen gebündelt und hohe Qualitätsstandards gesichert.**
- Auch in der **Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik** stehen weitere wichtige Projekte auf der Agenda: die Reform der Gewerbeinspektion (ITM) muss vorangetrieben werden, der „maintien dans l’emploi“ muss überarbeitet werden, der „plan de gestion des âges“ muss umgesetzt werden um ältere Arbeitnehmer länger in Beschäftigung zu halten, ebenso wie der Vorruhestand neu geregelt und der Gesetzentwurf zur Herstellung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern verabschiedet werden müssen.
- In der **Familienpolitik** stehen wichtige Vorhaben wie die Reform der Familienleistungen und **die Verbesserung** des Elternurlaubs auf der Tagesordnung. Als LSAP setzen wir uns dafür ein, dass die Familienpolitik sich an den Erwartungen und Bedürfnissen der unterschiedlichen Familienkonstellationen von heute orientiert. **Wir werden dafür sorgen, dass die Familienleistungen in Zukunft wieder regelmäßig an die Einkommensentwicklung angepasst werden.**
- Im Bereich der **Bildungspolitik** gilt es, die Probleme in der Berufsausbildung zu beheben. Auch die angekündigten Neuerungen im Bereich der frühkindlichen Erziehung (gratis Kinderbetreuung für die Ein- bis Dreijährigen in Verbindung mit der Einführung der bilingualen Sprachförderung) müssen umgesetzt werden.